

Raymond Klein

Ökosteuern unsozial?

Eine Herausforderung für das politischfortschrittliche Lager ist es, auf eine sozial gerechte Art das Steuersystem zu ökologisieren.

Steigende Wasser- und Stromkosten, Preiserhöhungen bei den Kraftstoffen, die nicht mehr durch den Index kompensiert werden sollen – die Frage der Sozialverträglichkeit von Ökosteuern ist aktueller denn je. Simplistische Argumente sind meistens angesagt, wenn darüber debattiert wird, ob neue Wassertaxen ökologisch Sinn machen und wie viel Schaden eine Anpassung der Treibstoff-Akzisen an europäische Standards anrichten würde. Dabei ist die Materie hochkomplex, und die berührten Interessen sind vielfältig.

Ausgangspunkt der Diskussion ist die Unterbewertung des Ressourcenverbrauchs: Niedrige Preise, zum Beispiel für Wasser und Energie, führen zu einem verschwenderischen Einsatz dieser Ressourcen, mit negativen Konsequenzen für die Umwelt wie Absinken des Grundwasserspiegels und fortschreitende Erderwärmung. Belegt man diesen Verbrauch mit Ökosteuern, macht das Sparmaßnahmen attraktiver, so lautet die Überlegung. Zusätzlich sei es wirtschaftsfördernd, weil sich aufgrund der zusätzlichen Einnahmen im Gegenzug Lohnsteuern und -abgaben senken lassen.

Die Unterbewertung des Ressourcenverbrauchs liegt zum Teil daran, dass externe Kosten von anderen Akteuren übernommen werden, zum Teil daran, dass sie überhaupt – noch – nicht zu Buche schlagen. Solche Kosten lassen sich schwer bis gar nicht beziffern, wie

das Beispiel Treibstoff zeigt: Rechnet man beim Autoverkehr die Ausgaben für Bau und Unterhalt der Straßen, die Verluste durch Unfälle usw. zusammen, so kommt man grob geschätzt auf versteckte Kosten von einem Euro und mehr pro Liter. Einen Geldwert für den

Zu einer Umorientierung unseres Wirtschafts- und Konsummodells gibt es keine Alternative, und Preiserhöhungen, insbesondere für Energieprodukte, sind unvermeidbar.

Naturverbrauch und die Auswirkungen auf Lebensqualität anzugeben ist delikat, und den Tonnenpreis für CO₂ aus dem Europäischen Emissionshandels-System abzuleiten wäre höchst diskutabel. In anderen Fällen geht die Unterbewertung klar auf eine Bezuschussung durch die öffentliche Hand zurück. Wie die Wasserpreis-Diskussion gezeigt hat, spielt hierzulande der Impact auf die Natur eine untergeordnete Rolle. Den Hauptanteil an den Kosten für den Wasserverbrauch bilden die Infrastrukturausgaben, die nun auch in die Preisbildung einfließen. Mit dem viel benutzten Begriff „wahrer Preis des Wassers“ wird suggeriert, nun zahle man endlich für den Wert dieser natürlichen Kostbarkeit. In Wirklichkeit kommen die VerbraucherInnen für die teuren, und zum Teil

lange verschleppten Infrastrukturkosten auf, also für „kostbare“ Leitungen, Pumpen und Kläranlagen – die bisher aus den normalen öffentlichen Haushalten finanziert wurden.

Hier zeigt sich das erste mit der Einführung von Ökosteuern verbundene Problem: Die Fiskalität wird von der progressiven, also umverteilenden, Besteuerung der Einkommen auf die nicht direkt progressive Konsumbesteuerung verlagert, ein politischer Trend, der auch bei anderen öffentlichen Dienstleistungen zu beobachten ist. Über die Gerechtigkeitsfrage hinaus geht es dabei auch um das Rollenverständnis von Staat und Gemeinden in Sachen Daseinsvorsorge. Wenn nach dem „Verursacher-Prinzip“ alle BürgerInnen scheinbar „eigenverantwortlich“ für ihr Verhalten finanziell geradestehen, kommt der Eindruck auf, die Lösungen für Umweltprobleme seien nicht Sache der Politik, sondern regelten sich von selbst über geeignete Marktmechanismen. Entsprechend dieser Logik gehen Phänomene wie Zersiedlung und Pendlerbewegungen über weite Strecken nicht auf politische Fehlentscheidungen, sondern auf individuelles Fehlverhalten zurück, für das gegebenenfalls der oder die Einzelne dann finanziell bestraft wird.

Dabei werden, so könnte man meinen, die sozial Schwächsten doppelt bestraft. Ökosteuern betreffen ja nicht nur die VerbraucherInnen, sondern auch die Wirtschaft. Bedroht sind insbeson-

dere die Arbeitsplätze in der Industrie, die teilweise erhebliche Mengen Wasser und Energie verbraucht. Dass solche Konsequenzen vermeidbar sind, hat Schweden gezeigt, das trotz eines ökologischen Umbaus seines Steuersystems ein attraktiver Industriestandort geblieben ist. Im Hinblick auf die Einführung einer europäischen CO₂-Steuer wird auch ernsthaft diskutiert, eine „border tax“ einzuführen auf Produkten, die aus Ländern mit weniger strengen Klimaschutzauflagen stammen. So ließe sich ein Abwandern der Industrie aus Umweltschutzgründen vermeiden. Für bestimmte wirtschaftliche Nischen Luxemburgs, wie den Logistiksektor und den Tanktourismus lassen sich Einbrüche infolge einer Erhöhung der Treibstoffsteuern aber wohl nicht vermeiden.

Doch es ist vor allem die direkte Wirkung von Ökosteuern auf die unteren Einkommensschichten, welche zu leidenschaftlichen Diskussionen führt. Die einen räsonieren: „Man kann nicht vom Arbeiter verlangen, dass er ein teures Öko-Auto anschafft. Also muss man überall eine Zug- oder Busverbindung bereitstellen, bevor man den Benzinpreis erhöht.“ Die anderen halten dagegen: „Mein Nachbar könnte sehr wohl mit dem Zug fahren, aber er kauft lieber im Aldi als auf seinen BMW zu verzichten.“ Doch dass eine kurzfristige Einführung von Ökosteuern zu sozialen Problemen führen kann, lässt sich nicht wegdiskutieren. Allerdings gibt es zu einer Umorientierung unseres Wirtschafts- und Konsummodells keine Alternative, und Preiserhöhungen, insbesondere für Energieprodukte, sind unvermeidbar. Indem man Ökosteuern in vorher angekündigten Schritten über einen längeren Zeitraum hinweg einführt und soziale Begleitmaßnahmen vorsieht, lässt sich der Impact abfedern. Darüber hinaus tendiert die erstgenannte Argumentation dazu, sozial Schwachen ein uneingeschränktes Recht auf Verschmutzung, oder ein Recht auf Ignoranz zuzusprechen – was nicht unbedingt einem fortschrittlichen Menschenbild entspricht.

Die Gestaltung sozialer Begleitmaßnahmen ist ihrerseits nicht unproblematisch. In Luxemburg wird derzeit versucht, ökologische und soziale Interessen zu versöhnen, indem man Kompensationszahlungen für sozial schwache Haushalte vorsieht, also bei steigenden Wasserpreisen ein „Wasser-

geld“, und morgen vielleicht auch eine Sprit-Zulage. Wie alle sozial selektiven Mechanismen kann dieser auch zu Desolidarisierung und Stigmatisierung führen. Es sei allerdings daran erinnert, dass andere selektive Maßnahmen wie RMG und sozialer Wohnungsbau von den meisten Progressisten unterstützt werden.

Ein rein luxemburgisches Problem stellt schließlich die Interaktion von Ökosteuern und Index dar. Wird die Preisteigerung über diesen Mechanismus kompensiert, so verpufft ein Teil der Lenkungswirkung. Deshalb schlug der Mouvement écologique vor, diese Steuererhöhungen aus der Indexberechnung auszuklammern, und dafür einen „Ökobonus“ auszuzahlen, der für alle BürgerInnen gleich hoch ausfallen würde. Angesichts ihres Umverteilungscharakters ist diese Lösung schwer von der Hand zu weisen, auch wenn es den Gewerkschaften immer mulmig wird, wenn am Index herum-„moduliert“ wird. Ein Problem bleibt: Während in anderen Ländern eine Erhöhung der Treibstoffpreise zu staatlichen Mehreinnahmen

führt, ist durch den Tanktourismus in Luxemburg mittelfristig das Gegenteil der Fall. Deshalb ließe sich der Ökobonus auch nicht durch die Ökosteuer finanzieren, sondern würde den Staatshaushalt zusätzlich belasten.

Diese Schwierigkeiten ändern nichts an der ökologischen Notwendigkeit, aus dem Tanktourismus auszusteigen, da niedrige Treibstoffpreise die falschen Signale setzen in Sachen Autokauf, und mittelfristig auch bei der Wahl des Wohnortes – an diesen zwei Punkten könnten soziale Begleitmaßnahmen ansetzen. Weniger schwierig ist es, den Wasserpreis gerechter und umweltfreundlicher zugleich zu gestalten, als dies die jetzige Gesetzeslage vorsieht: Die Lösung wäre ein progressives Ansteigen der Wassertaxen, bei dem ein Grundverbrauch zu einem niedrigen Tarif verrechnet würde. Dadurch würden die Gemeinden auch ohne „Wassergeld“ ihre Pflicht zur Daseinsvorsorge erfüllen und gleichzeitig einen Anreiz schaffen, Wasser zu sparen – die zweifelhaften Pläne für einen zweiten Stausee wären damit auch vom Tisch. ♦

Baden verboten!

„Statt auf Steuern und Geldlogik zu setzen, könnte man doch einfach bestimmte Dinge verbieten, zum Beispiel Swimmingpools.“ Ähnliche Bemerkungen hört man häufig sowohl von ökologisch als auch von sozial engagierten Personen. Gewiss, in anderen Ländern – und manchmal in Luxemburg während des Hochsommers – sind Verbote und Gebote die angemessene Antwort, um bei akuter Wasserknappheit den Vorrang der Befriedigung der Grundbedürfnisse sicherzustellen. Doch die meiste Zeit reichen die vorhandenen Mengen locker aus, insbesondere für den Verbrauch in der Landwirtschaft und der Industrie. Statt einer Rationierung auf Kosten der Swimmingpools dürfte es reichen, die dort verbrauchten Mengen zum Gestehungspreis zu verrechnen: ob für Privatkonsum oder als Zwischenprodukt in ökonomischen Prozessen, hier kann man Wasser getrost als Wirtschaftsgut betrachten. Ließe man sich nämlich auf die Verbotslogik ein, so müsste man auch Flugreisen rationieren, die Wochenendausflüge mit dem Auto würden abgezählt und es gäbe Lebensmittelgutscheine für Fleisch, Tomaten und Bananen.

Interessant an dieser Überlegung ist, dass sie den Doppelcharakter der viel kritisierten „marchandisation“, also der Tendenz, aus allem eine Ware zu machen, offenlegt. Einerseits schränkt sie die Freiheit der Menschen ein, wenn sie der Befriedigung von Grundbedürfnissen im Wege steht. Andererseits schafft sie Freiheit, wenn sie es ermöglicht, entsprechend den persönlichen Vorlieben dieses oder jenes zu konsumieren. Gerecht kann das allerdings nur sein, wenn zum Einen eine gewisse Lohngerechtigkeit herrscht, zum Anderen für diese Art von Konsumtion der Warencharakter ernst genommen wird – indem sich nämlich eine Deckung der direkten und der externen Kosten im Preis niederschlägt. Gewiss, Verbote und Gebote, die für alle gelten, fördern die Gleichheit. Doch wenn dazu noch Freiheit kommen soll, ist der Rückgriff auf Steuern und Geldlogik eine große Hilfe. ♦